

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Penner, Büchner (Speyer), Dr. Ehmke (Bonn), Büchler (Hof), Dr. Apel, Amling, Bahr, Frau Becker-Inglau, Bernrath, Dr. Böhme (Unna), Brück, Graf, Dr. Haack, Frau Hämmerle, Heimann, Hiller (Lübeck), Kastning, Klein (Dieburg), Kuhlwein, Lambinus, Leidinger, Lohmann (Witten), Lutz, Müller (Schweinfurt), Nehm, Frau Dr. Niehuis, Niggemeier, Dr. Nöbel, Frau Odendahl, Rappe (Hildesheim), Frau Renger, Rixe, Schmidt (Salzgitter), Dr. Schmude, Seidenthal, Sielaff, Steiner, Frau Steinhauer, Stiegler, Dr. Struck, Frau Terborg, Wartenberg (Berlin), Weisskirchen (Wiesloch), Frau Weyel, Wimmer (Neuötting), Wischnewski, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Förderung und Entwicklung der innerdeutschen Sportbeziehungen

Durch den Grundlagenvertrag der beiden deutschen Staaten von 1972 und durch das Protokoll der beiden deutschen Sportbünde von 1974 wurden wesentliche Voraussetzungen für die Entwicklung der innerdeutschen Sportbeziehungen – unter Einbeziehung der Sportorganisationen von Berlin (West) – geschaffen.

Die Zugehörigkeit und die internationale Vertretung der Sportorganisationen von Berlin (West) durch den Deutschen Sportbund, seine Mitgliedsorganisationen und das Nationale Olympische Komitee für Deutschland sind zudem durch die Beschlüsse und die Praxis des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) und der internationalen Sportföderationen positiv geregelt.

Das Viermächteabkommen über Berlin von 1971 bestätigt diese Rechtslage.

Die Sportbegegnungen zwischen Vereinen, Clubs, Betriebssportgemeinschaften und Auswahlmannschaften der beiden deutschen Sportbünde sind ein wichtiges Bindeglied in den Gesamtbeziehungen der beiden deutschen Staaten. Sie müssen deshalb politisch, finanziell und ideell dauerhaft gefördert werden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Anstrengungen hat die Bundesregierung unternommen, um im Zusammenwirken mit dem Deutschen Sportbund zu einer umfassenden Verbesserung der innerdeutschen Sportbeziehungen zu gelangen?
2. Auf welche Weise will die Bundesregierung dazu beitragen, daß die DDR einer verstärkten Einbeziehung

- der Vereine und Sportgemeinschaften der mittleren und unteren Ebene,
 - des Jugendsports,
 - der Sportvereine und Sportgemeinschaften im grenznahen und Berliner Raum,
 - des Sports für behinderte Mitbürger,
 - des Schul- und Hochschulsports
- zustimmt?

3. Hält die Bundesregierung die Austragung von Länderkämpfen, wie in diesem Jahr im Schwimmen, Fechten und Boxen, für wünschenswert, und beurteilt sie beispielsweise den Ablauf und die protokollarischen Regelungen des ersten offiziellen Länderkampfes, der zwischen den beiden Schwimmsportverbänden vom 26. bis 28. August 1987 in München ausgetragen wurde, als beispielhaft für andere Sportfachverbände?
4. Ist die finanzielle Förderung von innerdeutschen Sportbegegnungen, vor allem der kleineren Vereine und Sportgemeinschaften, durch die Bundesregierung ausreichend, oder beabsichtigt die Bundesregierung eine Erhöhung der Zuschüsse, wie dies von den Sportvereinen häufig gefordert wird, um insbesondere auch die Devisenknappheit der DDR-Sportler auszugleichen?
5. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Sport- und Jugendbegegnungen im Rahmen der deutsch-deutschen Städtepartnerschaften ein unverzichtbares Element sind, und in welcher Weise ist die Bundesregierung bereit, derartige Begegnungen zu fördern?
6. Inwieweit hat die Bundesregierung im Zusammenwirken mit dem Deutschen Sportbund und den Hochschuleinrichtungen Initiativen unternommen, um entsprechend den Vereinbarungen im Kulturabkommen der beiden deutschen Staaten von 1987 auch einen Austausch von Dozenten und Studenten im Bereich der Sportwissenschaft zu erreichen?

Teilt die Bundesregierung zudem die Auffassung, daß insbesondere eine offizielle Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Sporthochschule in Köln und der Deutschen Hochschule für Körperkultur (DHFK) in Leipzig überaus wünschenswert ist, und wie will die Bundesregierung die Zusammenarbeit in der Sportwissenschaft fördern?

7. Was hat die Bundesregierung unternommen, um zu erreichen, daß die DDR die gleichberechtigte Einbeziehung der Sportjugend von Berlin (West) in die Programme zwischen der FDJ und der Deutschen Sportjugend verbindlich akzeptiert, wie dies auch in dem Protokoll des Deutschen Sportbundes (DSB) und des Deutschen Turn- und Sportbundes der DDR (DTSB) vom 8. Mai 1974 vereinbart wurde?

8. Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, daß der Sport-Jahreskalender zwischen dem Deutschen Sportbund und dem Deutschen Turn- und Sportbund der DDR in Zukunft früher – und nicht erst im Dezember/Januar – abgeschlossen wird, um die Planung der beteiligten Vereine, Sportgemeinschaften und der Verbände zu erleichtern?
9. Ist die Bundesregierung bereit, in Abstimmung mit dem Deutschen Sportbund bei der DDR nachdrücklich darauf zu drängen, daß die deutsch-deutschen Sportbegegnungen, vor allem im Vereinsbereich, nicht mit potokollarischen Hemmnissen belastet und die Begegnung der Sportlerinnen und Sportler damit erschwert werden?

Bonn, den 8. Oktober 1987

Dr. Penner	Nehm
Büchner (Speyer)	Frau Dr. Niehuis
Dr. Ehmke (Bonn)	Niggemeier
Büchler (Hof)	Dr. Nöbel
Dr. Apel	Frau Odendahl
Amling	Rappe (Hildesheim)
Bahr	Frau Renger
Frau Becker-Inglau	Rixe
Bernrath	Schmidt (Salzgitter)
Dr. Böhme (Unna)	Dr. Schmude
Brück	Seidenthal
Graf	Sielaff
Dr. Haack	Steiner
Frau Hämmerle	Frau Steinhauer
Heimann	Stiegler
Hiller (Lübeck)	Dr. Struck
Kastning	Frau Terborg
Klein (Dieburg)	Wartenberg (Berlin)
Kuhlwein	Weisskirchen (Wiesloch)
Lambinus	Frau Weyel
Leidinger	Wimmer (Neuötting)
Lohmann (Witten)	Wischnewski
Lutz	Dr. Vogel und Fraktion
Müller (Schweinfurt)	

